

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Johannes Rau MdL, NRW-Ministerpräsident und Mitglied des SPD-Vorstandes, kündigt mehr Hilfen für Drogenabhängige und Drogengefährdete an: Keiner darf sich drücken.

Seite 1/2

Fred Zander MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, zur Fortschreibung des Drogenaktionsprogramms der Bundesregierung am 18. Januar: Gesetze allein helfen nicht.

Seite 3/4

Wolfgang Roth MdB erwartet vom Gründungsparteitag der "Grünen" nicht mehr als allgemeine Schaumschlägerei: Luxusbewegung von Frustrierten aller Lager.

Seite 5

Karsten D. Voigt MdB bilanziert die militärischen Interventionen seit 1945.

Seite 6-8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 7 / 10. Januar 1980

Keiner darf sich drücken

Mehr Hilfen für Drogenabhängige und Drogengefährdete

Von Johannes Rau MdL

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Die Entwicklung des Drogenproblems ist besorgniserregend, auch wenn Nordrhein-Westfalen nicht so stark betroffen ist, wie manche anderen Bundesländer. Immer mehr ganz junge Menschen stoßen neu zur Drogenszene. Im vergangenen Jahr kamen allein in Nordrhein-Westfalen 133 Menschen durch Drogen ums Leben. Die Arbeitsgemeinschaft der Drogenberatungsstellen schätzt die Zahl der Drogenabhängigen auf 80.000 mit steigender Tendenz. Keiner darf dieser Entwicklung gleichgültig gegenüberstehen, der nicht an einer Fehlentwicklung mitschuldig werden will.

Die Drogenabhängigkeit und der Zulauf zu den sogenannten Jugendsekten sind zwei Entwicklungen, deren Ursachen wir nachspüren müssen. Zahlreiche Gespräche mit Schülern, mit jungen Arbeitnehmern und mit Eltern von Drogenabhängigen haben mir deutlich gemacht, daß wir alle sichtbare, zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen. Wir dürfen nicht tatenlos hinnehmen, daß Teile der jungen Generation aus der Gesellschaft aussteigen und in die Drogen einsteigen.



Der Staat allein ist überfordert. Deshalb hatte ich die Praktiker und Experten der Drogenbekämpfung, die Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen und die zuständigen Minister der nordrhein-westfälischen Landesregierung am Dienstag dieser Woche zu einer Drogenkonferenz eingeladen. Es galt, gemeinsam zu erörtern, wo die Ursachen für die Flucht in die Drogen gesehen werden und gemeinsam zu überlegen, wo bestehende Hilfen verbessert werden können und wo zusätzliche Anstrengungen notwendig sind, damit mehr Menschen geholfen werden kann.

Die entscheidende Frage ist die, ob und wie wir den Zustrom junger Menschen zum illegalen Drogenmarkt stoppen können. Alle Verantwortlichen müssen sich deutlich machen, daß der Schritt in die Drogenabhängigkeit aus einer Konfliktsituation meist junger Menschen kommt. Wir müssen darüber reden, ob jungen Menschen ihr Leben zu perspektivlos, zu leistungs-, zu besitz- und zu konsumorientiert erscheint, zu sehr als ein Raum, in dem die Familie, die Schule, die Kirchen ihre Funktion, ihren Sinn verloren haben und in dem es an Leitbildern fehlt. Wir müssen uns fragen: Gibt es nicht etwas, was man emotionale Verarmung und soziale Verödung nennen könnte? Ist nicht der Weg zur Droge Ersatzbefriedigung?

Die Konferenz hat gezeigt: Wir alle, Staat, Verbände, Vereine, Eltern, Lehrer, jeder einzelne von uns, müssen unsere Anstrengungen verstärken, gerade weil es keine Patentrezepte gibt. Aber niemand sollte die gesellschaftliche Brisanz des Drogenproblems unterschätzen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird nun - das werte ich als ein wichtiges Ergebnis der Konferenz - ein Programm zur Verbesserung der Drogenbekämpfung erarbeiten. Dabei dürfen sich weder die Kommunen, noch das Land vor den Kosten drücken, die verstärkte Hilfen erfordern.

Besondere Bedeutung wesse ich der Frage zu, ob bei Konsumenten und Kleindealern vermehrt Gebrauch von einer Strafaussetzung gemacht werden kann, wenn der Wille zur Entziehungs- und Entwöhnungsbehandlung vorhanden ist. Nach meiner Überzeugung kann mit einem solchen Schritt der Gefahr begegnet werden, daß immer mehr Abhängige immer tiefer in die sogenannte direkte Drogenkriminalität verstrickt werden. Das hat aber nur Sinn, wenn die Voraussetzung für entsprechende Behandlungen gegeben sind.

Elemente eines Programms, das wir nun konkretisieren wollen, sind für mich: alternative Modelle zum gegenwärtigen Strafvollzug für Drogenabhängige, ein Ausbau der Drogenberatungsstellen, mehr Langzeitkrankenhäuser, Modelleinrichtungen zur Rehabilitation und verstärkte Prävention durch mehr und gezielte Aufklärung.

Die Hilfe für den Drogenabhängigen muß vor dem Strafanspruch stehen. Wir werden aber unbarmherzig die bekämpfen, die durch den Handel mit Rauschgift das große Geld verdienen wollen.

Besonders problematisch ist aber die Frage - das hat die Konferenz gezeigt -: Wie können wir ausreichende qualifizierte Mitarbeiter für die Drogenhilfe gewinnen? Ohne die aufopferungsvolle Einsatzbereitschaft vieler Menschen ist jedes Programm zum Scheitern verurteilt. Ohne die Bereitschaft der Kirchen, der Kommunen, der Verbände und der Vereine werden wir nicht weiterkommen. Mit der Drogenkonferenz haben wir einen wichtigen Schritt getan zum gemeinsamen Handeln. Ich werte sie als einen Tag, der dazu beigetragen hat, daß einigen jungen Menschen wirksamer geholfen werden kann als bisher.

(-/10.1.1980/bgy/ca)

+ + +



Gesetze allein helfen nicht  
-----

Am 18. Januar Fortschreibung des Aktionsprogramms der Bundesregierung

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Drogenbilanz in der Bundesrepublik Deutschland war Ende 1979 - ebenso wie die internationale Situation - bedrückend: 45.000 Rauschgift-Abhängige; etwa 600 Rauschgifttote im Jahre 1979, immer umfangreichere Sicherstellungen von Rauschgift, trotzdem ein Überangebot an Heroin mit hohem Reinheitsgrad und niedrigem Preis, ein verstärktes Auftreten von Cocain und unvermindert starker Zufluß von Cannabis-Produkten.

Wir wissen alle aus der Erfahrung der letzten Jahre, daß dem Drogenproblem mit Gesetzen allein nicht beizukommen ist. Aber eine Verbesserung des gesetzlichen Instrumentariums ist dabei nur ein Punkt - wenn auch ein sehr wichtiger. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung von 1970 wird zur Zeit überprüft und fortgeschrieben. Darüber wird die Bundesregierung in der für den 18. Januar 1980 vorgesehenen Drogen-Debatte vor dem Deutschen Bundestag berichten.

Die Bundesregierung verzichtet im Einklang mit dem bisherigen Recht auf eine Differenzierung zwischen sogenannten "weichen" und "harten" Drogen. Das heißt Verzicht sowohl auf eine strafschärfende Herausstellung einzelner Drogen, wie etwa Heroin, als auch auf Entkriminalisierung oder gar Legilisierung der Cannabis-Produkte, wie Mariuhana und Haschisch: Die Bundesregierung hält eine Unterscheidung zwischen "harten" und "weichen" Drogen sowie eine "Entkriminalisierung" von Cannabis nicht für vertretbar.

Die gesundheitlichen Risiken beim Verbrauch von Cannabis-Produkten sind von der Wissenschaft immer wieder betont worden. Zumindest konnte die Unschädlichkeit nicht nachgewiesen werden. Auch in den mit Suchtstoff-Fragen befaßten Gremien der Vereinten Nationen wird die Gesundheitsschädlichkeit des Cannabis-Mißbrauchs mit ganz überwiegender Mehrheit als gegeben angesehen. Für die Haltung des Gesetzgebers in der Bundesrepublik Deutschland gelten deshalb die gleichen Gründe für eine fehlende Unterscheidung zwischen harten und weichen Drogen bei der Strafandrohung wie bei der Änderung



des Oplungsgesetzes im Jahre 1971, nämlich: Nicht erwiesene gesundheitliche Unbedenklichkeit, Hinweis auf die mögliche Schrittmacherfunktion als sogenannter "Einstiegsdroge" und fehlende brauchbare Kriterien für eine solche Unterscheidung.

Die Konzeption des strafrechtlichen Teils der Novelle des Betäubungsmittelrechts betont insbesondere drei Aspekte:

1. Die Verstärkung des Schutzes Jugendlicher
2. Die Verschärfung des Betäubungsmittel-Strafrechts
3. Die Erleichterungen für bestimmte Täter-Gruppen.

Die Bundesregierung ist sich bei aller notwendigen Verschärfung des Betäubungsmittel-Strafrechts bewußt, daß der therapeutischen Rehabilitation des drogenabhängigen kleinen bis mittleren Täters höchste Bedeutung zukommt. Über die hierfür im allgemeinen Strafrecht bereits gegebenen Möglichkeiten hinaus erwägt die Bundesregierung, eine Erleichterung der Strafaussetzung zur Bewährung mit der Weisung an den Verurteilten vorzuschlagen, sich einer Entziehungskur zu unterziehen. Daneben wird geprüft, ob das Institut der Verwarnung mit Strafvorbehalt, das auf die Fälle beschränkt ist, in denen eine Geldstrafe bis 180 Tagessätzen verwirkt ist, im Bereich des Betäubungsmittelstrafrechts in bestimmtem Umfange erweitert werden kann.

Die Bundesregierung beabsichtigt ferner, im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens eine weitere Vorschrift in das Gesetz aufzunehmen, die dem Gericht die Möglichkeit gibt, bei abhängigen Tätern in bestimmten Fällen nach Feststellung der Schuld von einer Bestrafung abzusehen, wenn sie sich einer therapeutischen Behandlung als "Therapie statt Strafe" unterziehen, insofern reichen die derzeitigen Vorstellungen der Bundesregierung weiter als die der Länder. Eine beschleunigte Klärung dieses Fragenkomplexes zwischen allen Beteiligten erscheint mir dringend geboten. Angesichts der schweren Bedrohung, die das Drogenproblem darstellt, wäre es sehr wichtig, das neue Betäubungsmittelgesetz noch in dieser Legislaturperiode zustande zu bringen. (-/10.1.1980/ks/ca)

+ + +



Luxusbewegung von Frustrierten aller Lager  
-----

Auch auf dem Gründungskongreß der "Grünen" nur allgemeine Schaumschlägerei zu erwarten

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der wirtschafts- und finanzpolitischen  
Kommission des SPD-Vorstandes

Die ökologische Frage ist ohne Zweifel die zentrale innenpolitische Frage der 80er Jahre. Notwendig ist eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Dies wird nur bei einer mutigen Durchforstung vieler Gesetzesbereiche und sicher nicht ohne große Opfer abgehen.

Angesichts dieser gewaltigen Aufgaben, die Energiepolitik, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und viele andere Politikbereiche umfaßt, überrascht es, wie maßlos die sogenannte Grüne Partei durch die öffentliche Meinung überschätzt wird. Bisher hat die Grüne Partei außer einem schwülstigen Lebenspathos und dem stupiden "Kernkraft - Nein danke!" nichts für die politische Willensbildung in der Bundesrepublik geboten. Bürgerinitiativen kann man es sicher nicht vorwerfen, wenn sie die politische Realisierbarkeit ihrer Vorschläge nicht überprüfen, sie vertreten eingestandenermaßen Teilinteressen. Anders ist das bei einer Bewegung, die Partei sein will und die Regierungsbildung in Bonn und in den Ländern beeinflussen möchte: Sie muß an Vorschlägen gemessen werden, die realisierbar sind und die gesellschaftlich nützlich sind. Was hat die "Grüne Partei" vorgeschlagen, das realisierbar und nützlich wäre? Außer ökologischem Nebel ist bisher nichts übriggeblieben.

Einer der Hauptprotagonisten der Grünen Partei, Gruhl, der gleichzeitig Mitglied des Deutschen Bundestages ist, hat bisher zu seinem ureigensten Thema - der Umweltpolitik - keinen einzigen konkreten Vorschlag im Parlament eingebracht. Außer allgemeiner Schaumschlägerei kam von ihm nichts.

Während sich vor Ort Umweltinitiativen konkret und engagiert und sehr oft mit großem Erfolg um Verbesserung bemühen, ist die Grüne Partei nichts anderes als eine Luxusbewegung von Frustrierten aller Lager, insbesondere solcher aus den gehobenen Ständen. Kommunisten aller Spielarten, Sektierer unterschiedlicher Geistesrichtung, Stammkunden der Reformhäuser und Zukurzgekommene aller Parteien geben sich hier die Hand zum Abschied vom heute und von der Zukunft. Weltflucht ist das ideologische Prinzip der Grünen.

Wirklich überraschend ist, wie gebannt viele in der SPD auf jenen buntscheckigen, orientierungslosen Haufen starren, der durch jene Art von idealistischen Aussteigern geprägt ist, die schon in den letzten 100 Jahren der Demokratie in Deutschland wenig genützt haben. Man muß über das fehlende Selbstbewußtsein der SPD staunen.

Gerade in diesen Tagen zeigt sich, wie unteilbar die Verantwortung der Parteien für die gesamte Politik ist. Verhindern wir, daß der Kalte Krieg mit seiner sinnlosen Vergeudung von Ressourcen für Waffensysteme wiederkehrt? Dämmen wir den Konflikt zwischen Süd und Nord ein, um soziale Sicherheit im Süden zu schaffen und bei uns zu behalten? Zu diesen Fragen gibt es von den Grünen keine Antwort. Wer in seinen Hauptbereichen nur allgemeine Sprüche verbreitet und in anderen drängenden politischen Fragen ahnungslos ist, ist für die politische Verantwortung als Partei in Parlamenten ungeeignet.

(-/10.1.1980/ks/ca)

- + +



### Militärische Interventionen seit 1945

---

#### Bilanz nach dem Überfall sowjetischer Truppen auf Afghanistan

Von Karsten D. Voigt

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der Überfall sowjetischer Truppen auf Afghanistan zeigt, wie erforderlich es ist, das Mittel der militärischen Intervention international politisch zu sichten. Der Berliner Bundesparteitag der SPD hat deshalb ausdrücklich die Ablehnung jeder militärischen Intervention beschlossen. Dieses nicht ohne Grund, denn das Mittel der militärischen Intervention ist auch nach dem Zweiten Weltkrieg häufig angewandt worden.

Selbst wenn man die Aktionen im Rahmen der Vereinten Nationen - zum Beispiel die Beteiligung am Korea-Krieg - nicht mitrechnet und auch die militärischen Auseinandersetzungen in den Kolonien - wie zum Beispiel in Indonesien, Algerien und den früheren portugiesischen Besitzungen - ausklammert, dann finden sich immer noch sehr viele Beispiele für die weite Verbreitung interventionistischer Politik. So haben allein die Staaten des Warschauer Paktes und der NATO seit 1945 ihre Streitkräfte mehrfach in andere souveräne Staaten mit oder deren Zustimmung entsandt oder eingesetzt.

Insgesamt waren mindestens beteiligt:

- die USA sechsmal,
- die Sowjetunion fünfmal,
- Großbritannien und Frankreich je viermal,
- Türkei und Belgien je zweimal,
- DDR, Polen, Bulgarien, Ungarn und Griechenland je einmal.

Betroffen waren von diesen Interventionen nach einer Untersuchung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages folgende Staaten:

- |                           |                                |
|---------------------------|--------------------------------|
| - Ägypten                 | - Sambia                       |
| - Costa Rica              | - Senegal                      |
| - DDR                     | - Tansania                     |
| - Dominikanische Republik | - Trinidad                     |
| - Guinea                  | - Tschad                       |
| - Jordanien               | - CSSR                         |
| - Kambodscha              | - Ungarn                       |
| - Laos                    | - Vietnam                      |
| - Libanon                 | - Zaire                        |
| - Oman                    | - Zentralafrikanische Republik |
| - Polen                   | - Zypern                       |

und der mit fadenscheinigen Begründungen durchgeführte Überfall auf Afghanistan.

- 1946 - 54 führt Frankreich den ersten Indochina Krieg gegen die nationalkommunistischen Vietminh, der mit der Kapitulation von Dien Bien Phu endet.
- 1953 schlagen sowjetische Truppen den Aufstand in der BDR nieder.
- 1956 schlagen sowjetische Truppen in Polen den Posener Aufstand nieder.
- 1956 intervenieren Frankreich und Großbritannien in Ägypten wegen der Nationalisierung des Suez-Kanals. Beim Rückzug sind massive sowjetische Drohungen von Bedeutung.
- 1956 schlagen sowjetische Truppen nach mehrfachen taktischen Schwankungen den Aufstand in Ungarn nieder und stürzen die Mehrparteienregierung Imre Nagys.
- 1958 intervenieren die USA auf Bitte des libanesischen Präsidenten im Libanon wegen panarabisch orientierter Aufstände.



- 1958 hilft Großbritannien König Hussein in Jordanien gegen einen panarabischen Umsturzversuch.
- 1960 interveniert Belgien im Kongo.
- 1964 führt die Türkei während des Bürgerkrieges in Zypern Bombenangriffe durch.
- 1964 befreien belgische Truppen im Kongo weiße Geiseln.
- 1964 - 73 greifen die USA im Zweiten Indochina-Krieg gegen die Vietkong und Nord-Vietnam ein.
- 1965 intervenieren die USA beim Bürgerkrieg in der Dominikanischen Republik.
- 1968 intervenieren Truppen der UdSSR, der DDR, Polen, Bulgarien und Polen in der CSSR und liquidieren den "Prager Frühling".
- 1968 - 72 unterstützen französische Truppen die Bekämpfung von Rebellionen in Tschad.
- 1969 greifen französische Fremdenlegionäre in der zentralafrikanischen Republik auf Ersuchen des Präsidenten gegen einen Putschversuch ein.
- 1969 finden portugiesische Grenzübergriffe gegen Sambia, gegen angolische Guerillans statt.
- 1970 führen die Portugiesen von Mozambik aus Einsätze in Tansania aus.
- 1970 wird Conakry in Guinea wahrscheinlich durch Portugal von See aus angegriffen.
- 1970 lassen die USA und Großbritannien vor Trinidad Kriegsschiffe aufmarschieren, die aber nicht eingreifen.
- 1972 greifen portugiesische Truppen senegalesische Grenzposten an.
- 1974 putscht die von griechischen Offizieren geführte Nationalgarde gegen die Präsidenten Makarios.
- 1974 führt die Türkei wegen dieses Putsches eine Invasion auf Zypern durch.
- 1974 - 77 unterstützen britische neben iranischen Truppen den Sultan von Oman gegen Aufständische.
- 1975 befreien die USA die durch Kambodscha fortgesetzte Schiffsbesetzung der "Mayaguez".
- 1978 greifen französische und belgische Truppen in die zairische Shaba-Provinz gegen aus Angola einmarschierende bewaffnete Gruppen ein.



- 1979 entsenden die USA während der Endphase des Bürgerkrieges in Nicaragua Einheiten nach Costa Rica.
- 1979/80 intervenierten sowjetische Truppen in Afghanistan und führten einen Regierungswechsel herbei.

Diese Übersicht zeigt, daß in ihrer politischen Praxis weder alle Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes noch alle Mitgliedstaaten der NATO auf das Mittel der militärischen Intervention verzichtet haben. Von den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes waren die CSSR und Rumänien keinmal und außer der Sowjetunion die übrigen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes ausschließlich beim Einmarsch in die CSSR beteiligt. Bei den Nato-Mitgliedstaaten wird das Bild zwar überwiegend durch die Zahl der US-amerikanischen Militärinterventionen geprägt, doch haben auch Großbritannien und Frankreich und die bis zur staatlichen Selbständigkeit ihrer afrikanischen Kolonien auch Portugal eine größere Zahl und Belgien immehin zwei Interventionen in außereuropäischen Regionen vorzuweisen.

Mit dieser Übersicht wird keine Aussage über den Umfang oder die Legitimität der jeweiligen militärischen Intervention ausgesagt, eines aber steht fest, daß die Intervention in Afghanistan für die Sowjetunion einen prinzipiellen neuen Schritt darstellt, weil sie in der Nachkriegszeit zum ersten Mal außerhalb des Warschauer Paktes in einem Nachbarstaat direkt militärisch interveniert. Mit diesem Konflikt wird die Sowjetunion für große Teile der Dritten Welt, der Blockfreien und der islamischen Welt Partei; dies gilt auch für viele der blockfreien Entwicklungsländer, die sie bisher als potentielle Partner der Bündnisfreien angesehen haben. Der Überfall auf Afghanistan ist in erster Linie ein Ost-Süd-Konflikt und erst in zweiter Linie ein Ost-West-Konflikt. Aus diesem Grunde muß der Westen vor allen Dingen in seinen Reaktionen auf die Ratschläge und Wünsche aus der bündnisfreien und islamischen Welt achten, er sollte der islamischen Welt und den Bündnisfreien seine Hilfe anbieten, aber nicht den Eindruck erwecken, als wolle er die bündnisfreien und islamischen Staaten im Ost-West-Konflikt für ausschließliche Ziele der westlichen Industriestaaten instrumentalisieren. . . . .

(-/10.1.1980/va-hc/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

